

## **CO<sub>2</sub>-Neutralität von Produktion und Logistik / Klimaneutralität**

- *Welche Maßnahmen planen Sie für ein Mehr an CO<sub>2</sub>-Neutralität und Klimaschutz in Produktion und Logistik? Bitte gehen Sie dabei auf von Ihrer Partei geplante Restriktionen ein sowie auf die Unternehmen unterstützende Aktivitäten und Maßnahmen.*
- *Welche politischen Ziele formulieren Sie mit Blick auf den Klimaschutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher?*
- *Welche wirtschaftspolitischen Ziele formulieren Sie hinsichtlich des Klimaschutzes und der CO<sub>2</sub>-Reduzierung?*
- *Formuliert Ihre Partei eigen Konzepte, Strategien und Zielsetzungen hinsichtlich der Unterstützung unserer heimischen Wirtschaft zur Erreichung der Klimaneutralität? Im betrieblichen Prozess, beim Bezug der Rohstoffe, bei der Logistik?*
- *Ist die Energiewende Teil Ihres Parteiprogrammes und welchen Energieträger präferieren Sie?*
- *Wie sollen Ihre Ziele der CO<sub>2</sub>-Neutralität finanziert werden?*

## **Ihre Antwort**

Zur Erreichung der Klimaschutzziele hat die Bundesregierung mehrere Maßnahmen in die Wege geleitet. Mit dem Gesetz über einen nationalen Zertifikationshandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG) erhalten beim Ausstoß das Heizen und das Autofahren einen Preis. Damit setzt die Bundesregierung einen Anreiz für klimafreundliches Wirtschaften. Der neue CO<sub>2</sub>-Preis wird den Verbrauch von fossilen Heiz- und Kraftstoffen teurer machen. Damit wird die Nutzung klimaschonender Technologien wie Wärmepumpen und Elektromobilität, das Sparen von Energie und die Nutzung erneuerbarer Energie lohnender. Bund und Länder einigten sich im Dezember 2019 im Vermittlungsverfahren darauf, den CO<sub>2</sub>-Preis ab Januar 2021 auf zunächst 25 Euro pro Tonne festzulegen. Danach steigt der Preis schrittweise auf bis zu 55 Euro im Jahr 2025 an. Für das Jahr 2026 soll ein Preiskorridor von mindestens 55 und höchstens 65 Euro gelten. Die Bundes- und Landesregierung setzen auf einen moderaten Einstieg, um zu hohe finanzielle Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu verhindern. Nach der Einführungsphase müssen die Verschmutzungsrechte per Auktion ersteigert werden. Die Gesamtmenge der Zertifikate für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird entsprechend den Klimazielen begrenzt. Der Preis bildet sich dann am Markt durch Angebot und Nachfrage. Durch Fördermaßnahmen und parallele Entlastungen kommt es in Deutschland insgesamt nicht zu einer Mehrbelastung, denn alle Einnahmen werden den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben. Um dem Klimawandel zu begegnen, müssen wir schon jetzt aktiv werden. Deshalb wurde schon jetzt die Konzentrierte Aktion klimafreundliche Mobilität mit Ländern, Kommunen, Industrie und

Energiewirtschaft zur Beschleunigung des Flottenaustauschs auf den Weg gebracht. Dazu gehören: Fortschreibung der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte auf Basis der Beratungen der Konzertierte Aktion Mobilität (Booster für Ladeinfrastruktur), die CO<sub>2</sub>-Differenzierung der KFZ-Steuer und der Ausbau der Schieneninfrastruktur (Bahn, ÖPNV). Insgesamt stehen für die Verkehrswende 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Damit die Transformation auch in Bereichen der klassischen Industrie gelingen kann, wird die Bundesregierung einen Investitionspakt mit der Industrie für „klimafreundliche Produktion in Deutschland“ schließen. In einem ausbalancierten Konzept sollen Anreize für grüne Leitmärkte für klimaneutrale und recycelte Grundstoffe geschaffen werden. Das Konzept soll Möglichkeiten für moderate, schrittweise ansteigende Quoten für klimafreundliche Produkte darstellen und konkrete Umsetzungsvorschläge enthalten.

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist es unser Ziel, in der kommenden Legislaturperiode die Weichen bei den erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung so zu stellen, dass wir bis 2035 rechnerisch den gesamten Energiebedarf des Landes (56 Milliarden Kilowattstunden) aus erneuerbaren Energien decken können. Das Landesenergiekonzept werden wir entsprechend anpassen und durch konkrete Ausbaupläne fortschreiben. Damit leisten wir einen gewichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Gestaltung des Klimawandels ("Weichenstellung").

Wir wollen auch ein Klimaschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern in der kommenden Wahlperiode schaffen, welches die Bundesvorgaben nach den Energiebereichen für das Land konkretisiert. Die Bundesregierung wird die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung vor allem für eine Entlastung bei der EEG-Umlage und damit der Strompreise einsetzen. Außerdem wird die steuerliche Entfernungspauschale angehoben und eine Mobilitätsprämie gewährt sowie Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 gefördert – etwa für einen klimafreundlichen Verkehr und energieeffiziente Gebäude. Insbesondere in den Sektoren Bauen und Wohnen, Lebensmittel, technische Geräte sowie Mobilität müssen Verbraucherinnen und Verbraucher auf klimafreundliche Alternativen umsteigen können.

Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Förderung von Innovationen legen. Zukunftsfähigkeit beginnt mit neuen Technologien, klugen Geschäftsideen und der Gründung junger Unternehmen. Gleichzeitig unterstützen wir die vorhandenen Unternehmen sich weiterzuentwickeln und zu modernisieren sowie klimapositiver zu werden. Wir wollen die Umstellung von Rohstoffbasis und Produktionsketten im Sinne einer Kreislaufwirtschaft vorantreiben:

- Die Wiederverwertbarkeit von Abfällen und Schrott, Zurückgewinnung von Rohstoffen etablieren.
- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen (Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit von Bauteilen, höhere Recyclingquoten, usw.) schaffen.
- Die gewonnene Innovationskraft bei Katalyse, Wasserstoff und erneuerbaren Energien für Technologie- und Industriestandort der Kreislaufwirtschaft nutzen.

In Mecklenburg-Vorpommern sollen das Wiederverwerten von Baustoffen, die Stahlerzeugung mit regenerativ erzeugtem Wasserstoff oder die Kopplung von Power-to-Gas-Anlage mit einem Gaskraftwerk industriell realisiert werden.

Der Aufbau von Rechenzentren, deren Energiebedarf aus regenerativen Quellen wie der Windkraft gedeckt wird, ist ein Beispiel für die Chancen unseres Landes. Die Förderung von Branchennetzwerken und industriellen Clustern unter dem Dach der Zukunftsagentur MV (ZAG MV) soll diesen Strukturwandel unterstützen. Gleichzeitig werden wir weitere grüne Gewerbegebiete ausbauen. Die Entwicklung von nachhaltigen Strategien einer aktiven Industriepolitik wird gemeinsam mit den Sozialpartnern erfolgen. Dabei werden wir darauf achten, dass die Wettbewerbsbedingungen nicht zum Nachteil von Unternehmen werden, welche klimapositive Investitionen sowie klimafreundliche Produktionen tätigen. Wir wollen Voraussetzungen für eine gelingende Sektorenkopplung schaffen. Was die Nutzung von erneuerbarer Energie betrifft, soll diese Energie dem Verbraucher nicht nur sicher und stabil zur Verfügung gestellt werden, sondern sie muss für den Verbraucher auch bezahlbar bleiben. Programmatische Zielstellungen ergeben sich aus einer Arbeit an der Energieeffizienz (Schlagworte: kostenlose Basisberatung zum Energieverbrauch; Schaffung attraktiver Mobilitätsangebote bzw. von Rahmenbedingungen, die keinen Mobilitätsbedarf entstehen lassen).

Die Energiewende ist nicht nur Bestandteil des Parteiprogramms der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, sondern vor allem eine zwingende Notwendigkeit im politischen Handeln der kommenden Jahre. Strafzahlungen durch Nicht-Erfüllung von CO<sub>2</sub>-Reduktionsvorgaben und Ernteauffälle durch Extremwetter sind nur die offensichtlichen Folgen eines Nicht-Handelns bei der Energiewende, die letztlich eine CO<sub>2</sub>-Wende ist. Es gibt nicht den EINEN Energieträger, den man im Zuge der Energiewende präferieren könnte. Wer sich mit erneuerbaren Energien beschäftigt, weiß, dass eine erfolgreiche Energiewende bedingt, die unterschiedlichen Formen erneuerbarer Energien immer dort zu nutzen, wo das angebracht ist. Dachflächen oder versiegelte Flächen können zur Gewinnung von Solarstrom und Solarwärme genutzt werden. In Küstennähe, wo regelmäßig und beständig Wind weht, ist die Gewinnung von Windenergie geboten. Gibt es ein hinreichend großes Angebot an Biomasse, dann ist es nur selbstverständlich, diese Biomasse auch zur Energiegewinnung heranzuziehen. Wasserkraft wird hingegen bei uns im Bundesland keine größere Rolle spielen. Dafür hat aber auch die Geothermie erhebliches Potential. Eine erfolgreiche Energiewende bedingt, sich auf diese Vielfalt an Energieträgern einzulassen. Das betrifft auch die Speicherung von Energie. Wir werden Batteriespeicher ebenso erleben wie Wasserstoff als Speichermedium, werden auch andere Formen wie Methanol oder Ammoniak als chemische Träger von Energie nutzen. Die Technologien hierfür liegen in der Regel heute schon vor. Was fehlt, sind oftmals tragfähige Rahmenbedingungen für die Entwicklung eigenwirtschaftlich tragfähiger Business Cases. Hier hat das Land jedoch nur begrenzte Einflussmöglichkeiten, denn die großen Leitlinien werden in Brüssel und Berlin bestimmt.

Die Finanzierung der Transformation ist eine Gesellschaftsaufgabe.

## Veränderte Lebens- und Essgewohnheiten

- *Welche aktuellen und zukünftigen Veränderungen der Lebens- und Essgewohnheiten der Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen Sie?*
- *Welche Begleitung dieser Veränderungsprozesse erwarten Sie von Wirtschaft und von der Wissenschaft? Welche Maßnahmen – fördernde wie auch restriktive – planen Sie im Rahmen einer Regierungsbeteiligung?*
- *Formuliert Ihre Partei eigen Konzepte, Strategien und Zielsetzungen hinsichtlich der Unterstützung unserer heimischen Ernährungswirtschaft?*
- *Welchen Stellenwert messen Sie dem Themenkomplex „regionale Lebensmittel“ „Regionalität“ zu? Welche Maßnahmen planen Sie, ein Mehr an regionalen Produkten in die Regale des LEH zu bekommen?*
- *Wo setzen Sie bei der Unterstützung der Unternehmen Ihre Schwerpunkte: Kleinteilig-regional oder überregional-wettbewerbsfähig?*
- *Der Export mit Absatzmärkten innerhalb der EU wird an Bedeutung zunehmen. EU-Herkunftsangaben könnten ein Vermarktungsansatz sein. Planen Sie eine Begleitung des laufenden Prozesses zur deutlichsten Verschlankung des EU-weiten Anerkennungsverfahrens und der EU-Marktüberwachungsverordnung?*

## Ihre Antwort

Wir wollen die Wertschätzung für Lebensmittel erhöhen. Jährlich werden 12 Millionen Lebensmittel in Deutschland weggeworfen, mehr als die Hälfte davon in Privathaushalten. Ziel ist es, die Lebensmittelverschwendung drastisch zu senken. Mehr Aufklärungsarbeit und einfache Angebote für eine gesunde und fleischärmere Ernährung mit Produkten aus der Region wollen wir unterstützen. Die Ernährung dient nicht nur mehr der Nahrungsaufnahme, sondern spiegelt auch den persönlichen Lebensstil wider. Spielt bei sehr vielen VerbraucherInnen das Preis-Leistungs-Verhältnis eine große Rolle, so ist anderen VerbraucherInnen wichtig, Produkte zu kaufen, die nachhaltig produziert und „fairtrade“ gehandelt worden sind. Biologisch erzeugte Produkte verkaufen sich immer besser und der Umsatz steigt kontinuierlich an. Festzustellen ist, dass immer mehr Menschen eine vegetarische/vegane Ernährung bevorzugen und dass der Fleischverzehr von der Haltungsfom der Tiere abhängig gemacht wird. Der moralische und ethische Anspruch an Lebensmittel steigt, auch wenn dieser dann nicht immer an der Ladenkasse bezahlt werden möchte.

Auch bzgl. der Thematik „Veränderte Lebens- und Essgewohnheiten“ kann und sollte die Wissenschaft der Gesellschaft / der Politik Angebote unterbreiten, bspw. durch die Bereitstellung von Forschungsergebnissen aus der institutionellen oder projektbezogenen Forschungsförderung.

Das Land hat mit den Hochschulen in den Zielvereinbarungen das spezifische Profil in Lehre und Forschung festgelegt. Dabei wollen wir besonders auf den Lehr- und

Forschungsbereich Diätetik der Hochschule Neubrandenburg hinweisen sowie auch auf präventivmedizinische Angebote der beiden Universitätsmedizinen, gerade im Zusammenhang der Community Medicine. Dem Themenkomplex „regionale Lebensmittel“ /Regionalität messen wir einen hohen Stellenwert bei, da die Ernährungswirtschaft zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in M-V gehört. Die sehr guten Voraussetzungen in M-V müssen genutzt werden, um regionale Kreisläufe zu stärken und eine hohe Wertschöpfung für die Region zu ermöglichen. Insbesondere Kleinst- und Kleinunternehmen werden wir weiterhin unterstützen, um ihre Produkte besser vermarkten zu können.

Ergänzend hierzu soll auch die neue „Regionale Innovationsstrategie (RIS)“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern als Grundlage u. a. für die projektbezogene Forschungsförderung aus Landes- und EU-Mitteln (auch im Verbund mit Wirtschaftspartnern) genannt werden. Dort wurde die Thematik „Ernährung“ sowohl unter dem Aktionsfeld 2 (Medizintechnik und Biotechnologie) als auch unter den so genannten Querschnittstechnologien (u. a. Bioökonomie) prioritär begrifflich verankert, wenn auch nicht direkt. Grundlage hierfür bildete u.a. eine externe Bewertung aller in Mecklenburg-Vorpommern vorhandenen Technologieportfolios und Anwendungsfelder; darin enthalten sind „gesunde Lebensmittel und Produktion, bioökonomische Ansätze“.

Wir wollen die Rolle der Produktionsbetriebe in der Lieferkette weiter stärken und uns politisch dafür einsetzen, dass die Rohstoffe, die in die Lebensmittelherstellung einfließen, fair bezahlt werden. Unser Ziel sind neue Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette mit hoher Innovationskraft. Wir befördern das Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie in Neubrandenburg als Wissenschaftscluster der nachhaltigen, heimischen Ernährungswirtschaft. Wir wollen faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft. Leiharbeit darf nicht dauerhaft die Produktion vor Ort bestimmen und muss in tarifgebundene Festanstellungen überführt werden.

Wir unterstützen neue Modelle der Mitarbeiterförderung und Qualifizierung, um den kleinen Betrieben bei der Bewältigung der immensen Anforderungen an die Produktentwicklung und Markteinführung zu helfen.

Dem Themenkomplex „regionale Lebensmittel“ /Regionalität messen wir einen hohen Stellenwert bei, da die Ernährungswirtschaft zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in M-V gehört. Die sehr guten Voraussetzungen in M-V müssen genutzt werden, um regionale Kreisläufe zu stärken und eine hohe Wertschöpfung für die Region zu ermöglichen. Insbesondere Kleinst- und Kleinunternehmen werden wir weiterhin unterstützen, um ihre Produkte besser vermarkten zu können. Mit digitalen Lösungen für die bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der KMU werden wir diese stärken. Auch die Akzente, die wir bislang in der Aquakulturforschung gesetzt haben, werden wir weiterentwickeln, um die einheimische Bevölkerung und die Tourist/-innen mit hochwertigem Fisch zu versorgen. Dem Anbau von „besonderen“ Kulturen wollen wir mehr Aufmerksamkeit schenken. Der Anbau von Eiweißpflanzen für die menschliche Ernährung oder von Gewürzen oder Heilpflanzen bietet hohe



Wertschöpfungspotenziale, wenn sie hier verarbeitet und vermarktet werden. Die regionale Vermarktung von Wildbret soll unterstützt werden. Der LEH muss flexibler und offener werden, um den einheimischen kleinen Produzenten einen Platz zu geben, auch wenn sie nicht 365 Tage im Jahr liefern können.

Wir setzen auf die Förderung regionale Kreisläufe und die Verbesserung der Wertschöpfung vor Ort. Weiterhin werden wir die Grüne Woche abhalten und uns auf internationalen Märkten repräsentieren. Darüber hinaus gilt es die wirtschaftliche Verflechtung mit der Metropolregion Berlin/Brandenburg ebenso in den Blick zu nehmen wie die Verbindungen nach Skandinavien zur dynamischen Metropolregion Kopenhagen/Malmö.

Vor allem in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern müssen Leistungen der Daseinsvorsorge zum Wohle der Bürgerinnen und Bürgern auch dann erbracht werden können, wenn dies nicht den Gesetzmäßigkeiten des Marktes entspricht. Wir werden daher über den Bund auf EU-Ebene darauf hinwirken, dass die Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge von den Regelungen des europäischen Beihilferechts befreit werden. Wir werden damit den Ländern und Kommunen mehr Gestaltungsspielräume schaffen, damit sie leichter das Leben der Menschen vor Ort verbessern können. Die direkten Auswirkungen der Entscheidungen der Europäischen Union auf das Leben und die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern machen auch ein noch stärkeres Engagement in Brüssel notwendig. Deshalb werden wir eigene politische Initiativen des Landes auf europäischer Ebene initiieren; Europa muss und wird mit uns ins Zentrum des politischen Blickfelds rücken.

### **Nachhaltigkeit der Energieversorgung**

- *Wie planen Sie die Umsetzung landesweiter und/oder norddeutschlandweiter Konzepte für die Nutzung CO<sub>2</sub>-neutraler Energieträger?*
- *Welche Unterstützungen bieten Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung für Innovationen beim Einsatz CO<sub>2</sub>-freier Energieträger? Bei der Herstellung von agrarwirtschaftlichen Produkten, sonstigen Zuschlagsstoffen zur Herstellung von Lebensmitteln, bei der Produktion und bei der Logistik?*
- *Welche Möglichkeiten der Unterstützung für solche Modelle sehen Sie für Startup-Unternehmen sowie den bestehenden Mittelstand?*
- *Welche wirtschafts- und verkehrspolitischen Unterstützungen bieten Sie für den Aufbau einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur auf Wasserstoffbasis in MV für Unternehmen der Ernährungswirtschaft an? Welche Potenziale der Vernetzung sehen Sie für Norddeutschland sowie das internationale Umfeld*

## Ihre Antwort

Grundlage für eine erfolgreiche Nutzung CO<sub>2</sub>-neutraler Energieträger ist es, eigenwirtschaftlich tragfähige Business Cases zu ermöglichen. Dies umfasst neben der wirtschaftlichen Produktion solcher Energieträger auch die Schaffung tragfähiger Absatzmärkte. Hier wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe in den kommenden Jahren zu einer deutlichen Preiskorrektur führen, die die Bevorteilung fossiler Energieträger sukzessive abbauen wird. Im Idealfall wird das Land dort, wo es bei eigenen Projekten aktiv Verbraucher für CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger schaffen kann, dies auch tun.

Hinsichtlich der Erzeugung CO<sub>2</sub>-neutraler Energieträger sind zwar bereits Fortschritte durch bspw. die EEG-Befreiung der H<sub>2</sub>-Produktion geschaffen worden. Jedoch sind wir noch davon entfernt, echte Marktanreize, wie sie das Land 2019 mit der Schaffung von Experimentierklauseln im Bundesrat vorgeschlagen hatte, zu schaffen. Hier ist jedoch die Bundesebene gefragt.

Unsere Vorstellung der Förderung ist, auch mit Blick auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit entsprechender Energieträger, einen Regulierungsrahmen zu erhalten, der einen eigenwirtschaftlichen Markthochlauf ohne direkte Subventionen ermöglicht. Die bestehenden Förderprogramme des Landes sind unserer Ansicht nach hinreichend, um entsprechende Unternehmen bei neuen Projekten fördern zu können. Zudem gibt es gerade im Bereich der Innovation bei der Anwendung klimaneutraler Technologien erhebliches Potential der Finanzierung derartiger Projekte über Wagniskapital. Wir gehen davon aus, dass die Interessenvertretungen der Wirtschaft bei der Erschließung dieses Potentials aktiv unterstützen.

Unser Land und seine Wirtschaft ist Teil der Wirtschaft im norddeutschen Raum und der Ostseeregion. Daher war und ist uns insbesondere die wirtschaftliche und regionale Zusammenarbeit mit unseren Partnern in den Metropolregionen Hamburg und Stettin wichtig. Entsprechend haben wir auch die Zusammenarbeit gerade mit unseren polnischen Partnern gestärkt und weiterentwickelt. Der Strukturwandel der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern geht weiter voran. Anspruch der SPD ist es, diesen Wandel aktiv mitzugestalten. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Förderung von Innovationen legen. Zukunftsfähigkeit beginnt mit neuen Technologien, klugen Geschäftsideen und der Gründung junger Unternehmen. Gleichzeitig unterstützen wir die vorhandenen Unternehmen, sich weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung, die wir gemeinsam mit den Wirtschaftskammern geben werden.

Ein wichtiger Baustein ist auch die Unterstützung bei der Unternehmensfinanzierung. Das Land wird, auch mit Bundesmitteln, die Infrastruktur für Wasserstoff-Tankstellen sukzessive ausbauen, insb. unter Verwendung von Bundesmitteln. Hier gilt es jedoch, den Ausbau dem tatsächlichen Marktbedarf anzupassen. Aktuell gibt es schlicht zu wenige Fahrzeuge mit Wasserstoff-Bedarf, so dass in der kommenden Legislatur die Planung entsprechender Standorte abgestimmt auch auf den potentiellen Bedarf und die dann konzertierte Umsetzung eines entsprechenden Netzes ab Mitte der 2020er Jahre, wenn auch das Angebot an entsprechenden Fahrzeugen den Markt erreicht, ins Auge zu fassen ist. Parallel dazu werden wir verstärkt Risiko- bzw. Wagniskapital

zur Verfügung stellen, um innovativen Produkten auf dem Weg zur Marktreife den notwendigen Anschlag zu geben.

### **Verstärkte und nachhaltige Reduzierung Folien- und Verpackungsanteil, Recycling**

- *Welche Möglichkeiten der positiven Vermarktung Mecklenburg-Vorpommerns als Standort für eine nachhaltige Ernährungswirtschaft sehen Sie? Wie kann das Bundesland mit Blick auf Umweltthemen noch besser positioniert werden?*
- *Welche Rahmenbedingungen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine effizientere Produktion im Hinblick auf die Vermeidung von Abfällen setzen?*
- *Welche Anreize setzen Sie für die kreislaufwirtschaftliche Produktion in der Land- und Ernährungswirtschaft?*
- *Brauchen wir in Mecklenburg-Vorpommern einen Ausbau der Forschung und Entwicklung zur Verpackungsreduzierung, Herstellung recycelbarer Folien u.a.m.?*
- *Welchen Stellenwert hat der Bereich FuE und sollen Kooperationen Wirtschaft-Wissenschaft befördert werden?*
- *Wie ist die Stellung Ihrer Partei zur Frage der zentralen / privatwirtschaftlichen / kommunalen Organisation des Recycling-Systems?*

### **Ihre Antwort**

Die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist bisher zu wenig überregional ausgerichtet. Auch gibt es keine nennenswerten Zentralen größerer Unternehmen, die ihren Firmensitz im Land haben. Die Bemühungen um die Ansiedlung von Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern folgen, aus unserer Sicht, bisher keiner erkennbaren Strategie. Dies werden wir ändern. Eine strategische Wirtschaftsförderung muss aktiv europaweit für den Standort passende Unternehmen identifizieren und Angebote zur Ansiedlung unterbreiten. Die SPD steht dafür, mit einem klaren und erkennbaren Profil für unseren Wirtschaftsstandort zu werben und verschiedene Aktivitäten in einer Zukunftsagentur Mecklenburg-Vorpommern (ZAG MV) zu bündeln. Eine noch bessere Positionierung (unseres Bundeslandes) mit Blick auf Umweltthemen soll insbesondere durch die neu geschaffene Klima- und Umweltschutzstiftung Mecklenburg-Vorpommern erfolgen. Ebenso spielt die Einbindung von Forschungseinrichtungen dabei eine Rolle.

Der Transformationsprozess zu einer biobasierten Wirtschaft muss weiterentwickelt werden. Mecklenburg-Vorpommern hat große bioökonomische Potenziale, die wir noch besser nutzen wollen, um den Verbrauch von fossilen Rohstoffen weiter zu



minimieren. Um hier wissenschaftlich Entscheidungen treffen zu können, werden wir im Rahmen einer Nachhaltigkeitsoffensive eine Bioökonomiestrategie für unser Land entwickeln. Für die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit von Bauteilen, höhere Recyclingquoten, usw.) setzen wir uns auf allen Ebenen ein.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine regionale Lebensmittelproduktion mit gesunden Lebensmitteln ist. Wir wollen, dass für die Kita- und Schulverpflegung nachhaltig produzierte Lebensmittel verarbeitet werden. Zukünftig sollen mindestens 25 Prozent bio- und regionale Produkte aus M-V verpflichtend in den Kantinen und Gemeinschaftsverpflegungen in öffentlicher Hand angeboten werden. Das ist gut für die Ernährung und Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen und gut für unsere Unternehmen.

Das Thema Ernährung wird einen höheren Stellenwert erhalten, indem wir das Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie in Neubrandenburg als Wissenschaftscluster der nachhaltigen, heimischen Ernährungswirtschaft befördern. M-V hat erfolgreich den ökologischen Landbau vorangetrieben und möchte die ökologisch bewirtschaftete Fläche weiter erhöhen. Zukünftig werden wir uns noch stärker auf den Ausbau der Verarbeitung und die Unterstützung bei der Vermarktung ökologischer Produkte konzentrieren. Ein Ausbau dieser Forschung sollte aus unserer Sicht vor dem Hintergrund vorhandener regionsspezifischer Stärken bspw. an den Hochschulen in Wismar und in Neubrandenburg, an der Universität Rostock in Kooperation mit dem Deutschen Biomasseforschungszentrum Leipzig und am Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) – Stichwort Plastik / Mikroplastik im Meer und in der Nahrungskette – sowie auf der Basis der so genannten intelligenten Spezialisierung (Maßstab der regionsspezifischen EU-Förderpolitik) diskutiert werden.

Zum Stellenwert des Bereiches FuE siehe Beantwortung zum Fragenkomplex veränderte Lebens- und Essgewohnheiten.

Für Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft setzen wir uns unterstützend ein.

Eine klimaneutrale Wirtschaft erfordert nicht nur Veränderungen bei der Energieversorgung oder im Verkehr, sondern die Umstellung von Rohstoffbasis und Produktionsketten im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Abfälle und Schrott müssen wiederverwertet oder daraus Rohstoffe zurückgewonnen werden, anstatt diese mit den Umweltproblemen zu exportieren. Mecklenburg-Vorpommern hat durch die in den letzten Jahren gewonnene Innovationskraft bei Katalyse, Wasserstoff und erneuerbaren Energien die Voraussetzungen, um ebenfalls Technologie- und langfristig Industriestandort der Kreislaufwirtschaft zu werden. In Mecklenburg-Vorpommern sollen das Wiederverwerten von Baustoffen, die Stahlerzeugung mit regenerativ erzeugtem Wasserstoff oder die Kopplung von Power-to-Gas-Anlage mit einem Gaskraftwerk industriell realisiert werden.

## Neue Ideen in der Tierhaltung und Bodennutzung

- *Planen Sie Veränderungen der Landwirtschaft in MV? Wenn ja, welcher Art?*
- *Sehen Sie konkurrierende Nutzungsmöglichkeiten für Flächen, etwa für Landwirtschaft vs. Industrie? Welcher Nutzungsmöglichkeit sollte Vorrang eingeräumt werden? Wie kann ein fairer Ausgleich erzielt werden?*
- *Welche Möglichkeiten der noch nachhaltigeren Nutzung von Boden, Wasser und Tieren sehen Sie?*

## Ihre Antwort

Die Landwirtschaft in M-V wird maßgeblich von der EU-Politik beeinflusst und befindet sich in einem Wandel. Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 und dem Green Deal gehen wir in die richtige Richtung. Unser Anspruch für die neue GAP war, dass ökologische Leistungen für das Allgemeinwohl honoriert werden und dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ gefolgt wird. Zukünftig sollen 25 % der Direktzahlungen aus der 1. Säule für mehr Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt werden, die Förderungen über die 2. Säule werden ebenfalls steigen.

Die Landwirtschaft steht vor den Herausforderungen, die Ernährung der Menschen abzusichern und für den Erhalt fruchtbarer Böden, sauberes Wasser, biologischer Vielfalt etc. zu sorgen. Der Transformationsprozess der Landwirtschaft hat begonnen, und wir werden die Landwirte und Landwirtinnen bestmöglich dabei unterstützen, die enormen Veränderungen zu bewältigen und bei der nationalen Umsetzung der neuen GAP entsprechende Anreize schaffen. Wir vertreten weiterhin unsere Auffassung, dass eine flächengebundene, regionalverträgliche und artgerechte Nutztierhaltung ein wichtiger Baustein ist, um nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsabläufe zu ermöglichen. Auf Bundesebene ist ein Konzept zur Neuausrichtung der Nutztierhaltung in Deutschland entwickelt worden, dessen Umsetzung unterstützt wird. In Ergänzung dieses Konzeptes planen wir, eine „MV-Nutztierstrategie 2030“ gemeinsam mit vielen Akteuren zu entwickeln, insbesondere mit dem Ziel, die noch vorhandenen Tierhaltungen zu unterstützen. Der Schutz des Bodens und des Wassers sind unabdingbar, um auch den nächsten Generationen eine gute Zukunft zu sichern. Wir werden das Bodenschutzprogramm fortschreiben. Die weitere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hat für uns oberste Priorität, eine Wasserstrategie für M-V ist geplant. In den vergangenen Jahren haben wir den ökologischen Landbau vorangetrieben und stehen bundesweit gut da. Unser Ziel ist es angepasst an die Erfordernisse des Marktes bis 2025 20 % der Fläche ökologisch zu bewirtschaften, aber auch Verarbeitungsstrukturen entsprechend aufzubauen

Konkurrierende Nutzungsmöglichkeiten bestehen, da Boden nicht vermehrbar ist, aber die Begehrlichkeiten steigen. Da der Boden vielfältig genutzt werden kann, für den Bau von Gewerbe- und Wohngebieten oder die Errichtung von Anlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien oder als Anlageobjekt, steigen die Herausforderungen an den Schutz des Bodens. Werthaltige landwirtschaftliche Böden sollen der

Nahrungsmittelproduktion und der Nutztierhaltung vorbehalten bleiben. Wir streben eine deutliche Reduzierung der Flächenversiegelung an, indem u. a. die ortstypische Innenentwicklung Vorrang vor der Neuausweisung von Baugebieten hat. Für die landeseigenen Flächen haben wir Verpachungskriterien entwickelt, die eine nachhaltigere Bodenbewirtschaftung erfordern. Durch die Bevorzugung von Junglandwirten, Biobetrieben und Betrieben mit einer hohen Veredelungstiefe bei der Verpachtung landeseigener Flächen kann eine hohe Wertschöpfung erfolgen und ländliche Räume attraktiver werden.

### **Zurückhaltung bei neuen Labels**

- *Planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung die verpflichtende Einführung von Labels und weiterer Zertifikate in der Ernährungswirtschaft (z.B. Regionalität, Tierwohl, MV-Produkt, etc.)?*
- *Was plant Ihre Partei im Falle der Regierungsbeteiligung, um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Berufsstand der Landwirte sowie der Lebensmittelwirtschaft zu stärken?*

### **Ihre Antwort**

Um wissenschaftlich fundierte Entscheidungen treffen zu können, werden wir im Rahmen einer Nachhaltigkeitsoffensive eine Bioökonomiestrategie für unser Land entwickeln. Wir setzen uns weiterhin für ein einheitliches, staatlich verpflichtendes Tierwohllabel ein.

Wir werden die begonnenen Dialoge zur Zukunft der Landwirtschaft fortsetzen. Wir brauchen eine Wertschätzung der Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte und ihrer Produkte und Produktionsmethoden. Wir wollen das Verlangen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern wecken, gezielt regionale Produkte kaufen zu wollen.

Der AMV e. V. war für uns immer ein wichtiger Partner in Sachen Marketing für regionale Lebensmittel im Lebensmitteleinzelhandel und Gemeinschaftsverpflegung. Dementsprechend wird seit 2018 über den Strategiefonds u. a. eine Projektstelle mit 195 TEUR zum Aufbau eines Netzwerkes von KKV gefördert, insgesamt standen 600 TEUR aus dem Strategiefonds für die Regionalvermarktung bereit. Die gute Zusammenarbeit mit dem AMV wollen wir fortsetzen.

Weiterhin betrachten wir es als unsere Aufgabe, die Rolle der Produktionsbetriebe in der Lieferkette weiter zu stärken und uns politisch dafür einzusetzen, dass die Rohstoffe, die in die Lebensmittelherstellung einfließen, fair bezahlt werden.

Die SPD steht weiterhin für faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft. Leiharbeit darf nicht dauerhaft die Produktion vor Ort bestimmen und muss in tarifgebundene Festanstellungen überführt werden. Wir unterstützen neue Modelle der Mitarbeiterförderung und Qualifizierung, um den

kleinen Betrieben bei der Bewältigung der immensen Anforderungen an die Produktentwicklung und Markteinführung zu helfen.

### **Bioökonomie als Querschnittsthema aktiv aufgreifen**

- *Bietet aus Ihrer Sicht eine bioökonomische Transformation der Volkswirtschaft Chancen für unser Land? Welche?*
- *Existieren in Ihrer Partei konkrete Zielsetzungen, Konzepte und Strategien hinsichtlich einer bioökonomischen Wirtschaft?*
- *Sollten bestimmte Sektoren der Wirtschaft in unserem Land hinsichtlich einer bioökonomischen Transformation eine besondere Förderung genießen? Welche?*

### **Ihre Antwort**

Die Bioökonomische Transformation der Volkswirtschaft bietet aus unserer Sicht die sichere Versorgung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern und gesamt Deutschland mit Lebensmitteln in hoher Qualität sowie die Leistung eines Beitrags zur Welternährung. Des Weiteren stärkt die Bioökonomie den Wandel zu einer auf nachwachsenden Rohstoffen basierenden Wirtschaft. Zugleich ermöglicht sie die nachhaltige Nutzung nachwachsender Ressourcen unter Erhaltung der Biodiversität und der Bodenfruchtbarkeit in Mecklenburg-Vorpommern. Zusätzlich sichern wir die Beschäftigung in unserem Land und lassen neue Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung entstehen, vor allem in unseren ländlichen Räumen. Mithilfe der bioökonomischen Transformation etablieren wir einen nachhaltigen Konsum der Verbraucherinnen und Verbraucher als Teil der Wertschöpfungskette. Somit können wir in Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir brauchen mehr leistungsfähige, staatlich finanzierte Forschungseinrichtungen, wie z.B. Fraunhofer-Institute, und müssen die im Land vorhandenen Forschungseinrichtungen im Bereich Agrar und Bioökonomie (z.B. FBN) stärken um den Wissenstransfer in die Wirtschaft zu organisieren. Sie sind der Kern von Innovationsnetzwerken in Mecklenburg-Vorpommern, die durch konkrete Verbundforschungsprojekte untersetzt werden. Zukunftsprojekte in den Bereichen Wasserstoffherzeugung, Kreislaufwirtschaft, Unterwassertechnologie oder digitaler Lösungen für eine nachhaltige, klimafreundliche Landwirtschaft, inklusive Tierhaltung („Smart Farming“) sollen zum Markenzeichen des Innovationsstandortes Mecklenburg-Vorpommern werden. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

Unser Ziel sind neue Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette mit hoher Innovationskraft. Dafür werden wir das Instrument Wirtschaftsförderung besser nutzen, indem wir Innovation und Entwicklung in den Fokus der Wirtschaftsförderung stellen.

Weiterhin betrachten wir es als unsere Aufgabe, die Rolle der Produktionsbetriebe in der Lieferkette weiter zu stärken und uns politisch dafür einzusetzen, dass die Rohstoffe, die in die Lebensmittelherstellung einfließen, fair bezahlt werden.

### **Bundesstrategien enger an Wirtschaft und Wissenschaft binden**

- *Wie kann die wirtschaftsnahe Forschung (insbesondere in Fachhochschulen und nichtuniversitären Forschungseinrichtungen) besser unterstützt werden? Gibt es hier Ziele, Konzepte und Strategien?*
- *Gibt es konkrete Zielsetzungen des Bundes (z. B. Energie, Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft), die aus Ihrer Sicht eine besondere Unterstützung/Förderung durch die Landespolitik genießen sollten?*

### **Ihre Antwort**

Ernährung ist nicht nur eine Frage der angewandten und wirtschaftsnahen Forschung, sondern reicht nach unserer Einschätzung in vielen Aspekten auch in die Grundlagenforschung hinein, die vom Land zu gewährleisten ist. Im Übrigen gewinnt die Thematik zunehmend internationale Aspekte. Über die originären Forschungsleistungen der Hochschulen und außerhochschulischen Institute im Wissenschaftsland MV hinaus, können und sollten spezifische Instrumente der Forschungsförderung, etwa mit europäischen Mitteln, dazu dienen, auf dem Themenfeld Ernährung auch gesellschaftlich kurz- bzw. mittelfristig anwendbare Ergebnisse zu generieren.

Siehe zudem Beantwortung zum Fragenkomplex veränderte Lebens- und Essgewohnheiten.

Mit der Bundesregierung verfolgen wir das gemeinsame Ziel der Reduktion der Co<sub>2</sub>-Emissionen und den Schutz des Klimas. Wir arbeiten darauf hin, dass unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften 2050 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima haben wird.

Um in Mecklenburg-Vorpommern bis 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt, in den 2020er Jahren, die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen. Zugleich muss uns eine bioökonomische Transformation gelingen.



## **Enge Verzahnung von Wirtschaft und Landwirtschaft**

- *Sehen Sie Möglichkeiten der engeren Verknüpfung von Landwirtschaft und verarbeitendem Gewerbe sowie der Industrie auch auf der politischen Ebene?*
- *Im Falle einer Regierungsbeteiligung: Welchen thematischen Zuschnitt der Landesministerien planen Sie für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft, Tourismus, Umwelt und Verbraucherschutz?*
- *Welches Entwicklungspotenzial sehen Sie bei den Marketingaktivitäten des Landes für die Agrar- und Ernährungswirtschaft?*

### **Ihre Antwort**

Wir wollen eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes M-V. Mit einer strategischen Wirtschaftsförderung und der Bündelung verschiedener Aktivitäten in einer Zukunftsagentur M-V kann dies gelingen. Insbesondere KMUs werden von einer stärkeren Vernetzung profitieren.

Die Frage kann noch nicht beantwortet werden, da dies Gegenstand von Koalitionsverhandlungen sein wird.

M-V hat erfolgreich den ökologischen Landbau vorangetrieben und möchte die ökologisch bewirtschaftete Fläche weiter erhöhen. Zukünftig werden wir uns noch stärker auf den Ausbau der Verarbeitung und die Unterstützung bei der Vermarktung ökologischer Produkte konzentrieren.

## **Ernährungsbranche in Norddeutschland stark, weitere überregionale Verzahnung**

### **Produktcluster in MV ausbauen und norddeutschlandweit verbinden**

- *Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Ernährungswirtschaft und medizinischer Ernährungsforschung besser unterstützt werden?*
- *Benötigt unser Bundesland ein Kompetenzzentrum für die Ernährungsforschung zur Entwicklung neuer, besserer und/oder gesundheitsfördernder Lebensmittel?*

### **Ihre Antwort**

Eine „effizientere“ Unterstützung könnte aus unserer Sicht durch eine verbundorientierte, interdisziplinäre und einrichtungsübergreifende Strukturierung der entsprechenden Themenbereiche in den universitären / hochschulischen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen erfolgen. Dabei sollten auch die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes sowie das neue Fraunhofer-Zentrum Biogene Wertschöpfung und Smart Farming einbezogen werden. Auch die

Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Gutachterkommission „Universitätsmedizin MV 2030“ und der Empfehlungen des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft halten wir für sinnvoll.

Nein. Die bereits bestehenden Strukturen sind aus unserer Sicht, unter Berücksichtigung von Synergien mit bundesweiten und internationalen Potentialen, ausreichend.

Wir sehen die Notwendigkeit, der Ernährung mit gesunden und nachhaltig produzierten Lebensmitteln einen höheren Stellenwert zu geben. Als Ziel haben wir uns gesetzt, dass die Verpflegung in KiTas und Schulen nach den DGE-Standards erfolgt, die Ernährungskompetenz von LehrerInnen, ErzieherInnen, KöchInnen und Eltern verbessert und die Ernährungsbildung in die Lern- und Lebenswelt von Kita und Schule integriert wird. Das Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie in Neubrandenburg soll zu einem Wissenschaftscluster der nachhaltigen, heimischen Ernährungswirtschaft befördert werden.

### **Industrielle Entwicklung in der Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns**

- *Wie sollte sich die Industrie in MV entwickeln in den nächsten 20 Jahren?*
- *Welche 3 – 5 Industriezweige sollten sich dann im Land maßgebend etabliert haben?*
- *Wie schätzen Sie das zukünftige Potenzial des Schiffbaus in MV für einen nachhaltigen Strukturwandel ein? Sehen Sie Alternativen zum MV-Schiffbau? Wenn ja, welche?*
- *Hat Ihre Partei eine Strategie zur nachhaltigen Stärkung der Ernährungswirtschaft in MV, zu ihrem weiteren Ausbau sowie zum Erfolg von Neuansiedlungen in der Branche?*
- *Welche Konzepte verfolgen Sie bei einer Regierungsbeteiligung für eine Dämpfung des Anstiegs standortbezogener Kosten (z.B. Wasser, Abwasser, Abfall, Recycling, Steuern und Abgaben)?*

### **Ihre Antwort**

Aktive Industriepolitik bedeutet für die SPD gemeinsam mit den Sozialpartnern nachhaltige Strategien zu entwickeln. Zu diesem Zweck werden wir eine industriepolitische Offensive für Modernisierung durch Digitalisierung und Klimaschutz für Mecklenburg-Vorpommern starten. Die digitale Welt („Industrie 4.0.“) verändert Produktionsprozesse und die Arbeitswelt nachhaltig, diesen Strukturwandel gilt es gemeinsam zu gestalten.

Die SPD steht klar hinter den Werften, der maritimen Wirtschaft und den dort vorhandenen Arbeitsplätzen. Nicht nur in den sechs Werften, auch in den hunderten

Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben der maritimen Industrie finden tausende Menschen Arbeit.

Wir wirken auf einen sozial-ökologischen Umbau und damit die Zukunftsfähigkeit der maritimen Branche hin; für umweltschonende Techniken und faire Arbeitsbedingungen!

Der Klimaschutz und die Dekarbonisierung bieten der Industrie neue Alternativen und Chancen, diese gilt es zu nutzen. Der Aufbau von Rechenzentren, deren Energiebedarf aus regenerativen Quellen wie der Windkraft gedeckt wird, ist ein Beispiel für die Chancen unseres Landes. Die Förderung von Branchennetzwerken und industriellen Clustern unter dem Dach der ZAG MV soll diesen Strukturwandel unterstützen.

Unser Ziel ist es, neue Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette mit hoher Innovationskraft zu etablieren. Siehe zudem Beantwortung zum Fragenkomplex Bioökonomie.

Für eine Dämpfung des Anstiegs standortbezogener Kosten sind von den die Leistung erbringenden Unternehmen und Einrichtungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Hier darf nicht die Gewinnerzielungsabsicht im Vordergrund stehen, sondern muss das Kostendeckungsprinzip gelten.

Steuergerechtigkeit ist unser großes Ziel. Das gilt aktuell insbesondere mit Blick auf die finanziellen Konsequenzen der Corona-Pandemie. Für die Zukunftssicherung nach der Corona-Krise bekennen wir uns zu einem strengen Sparkurs und konzentrieren uns auf politische Schwerpunkte in der Ausgabenpolitik. Um die Lasten gerechter zu verteilen, werden wir uns auf Bundesebene für die Einführung einer Vermögensabgabe sowie für die standortgebundene Besteuerung großer global agierenden Online-Dienstleister einsetzen. Das entlastet den Mittelstand.

**Kontaktperson bei Rückfragen:**

SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern  
z.H. Steffen Wehner  
Wismarsche Straße 152  
19053 Schwerin  
[steffen.wehner@spd.de](mailto:steffen.wehner@spd.de)